

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verlagsdruck: Nachrichten Dresden.
Verlagsnummer: 25 241.
Preis für Nachgelassene: 20 Ofl.

Bezugs-Gebühr vom 16. bis 31. Januar 1920 bei täglich zweimaliger Zustellung drei Mark 1.50 Mark.
Anzeigen-Preise: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet; die empfangliche 30 mm breite Zeile 30 Pfg., für auswärts 35 Pfg., Familienanzeigen und Kleingewerbe ohne Rabatt 10 Pfg., außerhalb 20 Pfg., die 90 mm breite Reklamazeile 180 Pfg., außerhalb 200 Pfg., Chiffrenblätter 10 Pfg. Zusätzl. Beiträge gegen Bezahlung.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle
Morgenstraße 38-42.
Druck u. Verlag von Neppach & Reichardt in Dresden.
Postfach-Nr. 1088 Dresden.

Abdruck nur mit deutlicher Quellenangabe „Dresdner Nachr.“ zulässig. Unserer Schriftleitung werden nicht aufbewahrt.

Besprechungen Luthers mit Rülz und Curtius.

Abgabe der Regierungserklärung am nächsten Dienstag.

Briand lehnt eine Besatzungsermächtigung ab. — Ein chinesisch-russischer Eisenbahnkonflikt.

Dehne Nachfolger Reinholds?

Berlin, 20. Jan. Reichsminister Dr. Luther empfing heute mittags 12 Uhr den neuen Reichsinnenminister Dr. Rülz und hatte darauf eine Besprechung mit Dr. Curtius. In demokratischen Kreisen wird berichtet, daß der neue Reichsinnenminister Dr. Rülz verfassungsmäßig auf ganz demselben Standpunkt stehe, wie der Führer der Demokratischen Partei. Als Parlamentarier ist Dr. Rülz besonders auf sozialpolitischen Gebieten hervorgetreten, speziell als Vorsitzender des Wohnungsausschusses. Er gehörte nach Ausbruch der Revolution zunächst der Nationalversammlung und später ununterbrochen dem Reichstag an.

Reichsfinanzminister Dr. Reinhold wird nach Eindringung des sächsischen Haushaltsplanes im Landtag sofort nach Berlin kommen, um sein neues Amt anzutreten. Wie es heißt, hat die demokratische Fraktion des sächsischen Landtags beschlossen, den Abgeordneten Dr. Dehne zum Nachfolger Dr. Reinholds als sächsischen Finanzminister vorzuschlagen.

Das neue Reichsministerium hält erst morgen abend seine erste Kabinettsitzung ab, weil Reinhold morgen im sächsischen Landtag den Etat vertreten will. In der heutigen Sitzung des Reichsrates wurde vereinbart, daß die Entgegennahme der Programmklärung der neuen Reichsregierung auf die Tagesordnung der Plenarsitzung vom Dienstag nächster Woche gesetzt werden soll. In den Tagen die dahin fallt die dritte Lesung des Reichshaushaltsplanes für 1920 erledigt werden, und zwar in Anbetracht des vorgerückten Jahres in abgekürzter Form mit der Maßgabe, daß eine Diskussion nur bei den Positionen der Ministergehälter stattfindet und dabei jeder Partei eine Redezeit von 15 Minuten einräumt und für die Anträge zum Etat von 10 Minuten freistellt. (Die kürzlich durch die Presse gegangene Meldung, daß auch der Etat für 1924 noch nicht erledigt sei, beruhte auf einem Irrtum. Der Etat für 1924 ist bereits in der Sitzung vom 31. Juli 1925 endgültig festgestellt worden.)

Mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft ist vorläufig Reichsminister Dr. Luther beauftragt worden.

Wie verlautet, hat das Zentrum für die Bekämpfung des Reichsministeriums für Landwirtschaft und Ernährung den Reichsminister Dr. Luther in Vorschlag gebracht.

Aus Zentrumskreisen wird mitgeteilt, daß die Angabe einer Korrespondenz, nach der Bürger (Köln) die Annahme eines Ministerpostens davon abhänget gemacht habe, daß ihm sein Direktorposten beim Schaaffhausenschen Bankverein offengehalten werde, durchaus unrichtig ist. Partei-offiziell wird erklärt, daß über diese Sache weder von Bürger,

nach der Leitung des Schaaffhausenschen Bankvereins bzw. der Disconto-Gesellschaft irgendwie gesprochen worden ist. (Prezessionen siehe Seite 2.)

Die Abstimmung der demokratischen Reichstagsfraktion.

Wie die Blätter melden, ergab die Abstimmung in der demokratischen Reichstagsfraktion zehn Stimmen für und zehn Stimmen gegen die zustimmende Entscheidung, und nur die Stimme des Fraktionsvorsitzenden Koch gab den Ausschlag.

Dr. Wilhelm Rülz ist am 19. Februar 1875 in Worna in Sachsen geboren. Er besuchte die Pforten- und Landeshochschule zu Grimma und studierte an der Universität Leipzig Rechtswissenschaften. Nachdem er 1897 zum Doktor der Staatswissenschaften promoviert worden war, erfolgte seine Anstellung als Referendar beim Amtsgericht Leipzig. 1901 wurde er Stadtschreiber beim Stadtrat zu Leipzig. Von 1901 bis 1908 war er Stadtschreiber und dann Ober-Stadtschreiber in Jittau und von 1908 bis 1904 Stadtrat und Stellvertreter des Bürgermeisters in Meerane. Von 1904 bis 1912 war er auch Bürgermeister und dann Oberbürgermeister von Hirschberg. Vom 1. November 1907 bis 1. Dezember 1908 war er im Auftrag des Reichscolonialamtes in Deutsch-Südwestafrika tätig, wo er organisatorische Aufgaben zu lösen hatte. Von 1912 bis 1920 fungierte er als Oberbürgermeister von Jittau und seit dem 1. März 1920 in der zweiten Bürgermeisterwahl von Dresden.

Dr. Rülz hat den Weltkrieg als Offizier bei den sächsischen Truppenteilen mitgemacht. 1918 wurde er als demokratischer Kandidat für den Wahlkreis Ostschlesien in die verfassunggebende Nationalversammlung gewählt und gehörte diesem ununterbrochen als demokratischer Kandidat für die Wahlen zum Reichstag an. Seit 1919 ist Dr. Rülz 1. Vorsitzender der Demokratischen Landespartei Sachsen.

Der Volksentscheid über die Fürstenabfindung.

Zu dem Beschlusse des sozialdemokratischen Parteiausschusses über die Einleitung einer Aktion zum Volksentscheid über die Fürstenabfindung teilt der „Vorwärts“ nach mit, daß der Allgemeine deutsche Gewerkschaftsbund er sucht werden soll, um zu erklären, daß von den Sozialdemokraten und Kommunisten nur ein Gesetzentwurf eingebracht werde. — Auch die „Rote Fahne“ bezeichnet es als Pflicht des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes, sich für die Verhinderung einer gemelmten Front in der Frage des Volksentscheids einzusetzen. Der Vorstand des Alldeutschen Bundes hat sich den republikanischen Parteien für den Fall des Volksentscheids zur Verfügung gestellt.

Auf falschem Wege!

Von Syndikus Karl Tögel.

Wiederholt hat im Laufe des vergangenen Jahres die Wirtschaft sich zum Borte gemeldet und auf die katastrophale Entwicklung hingewiesen, die vor dem gesamten deutschen Volke steht. „Was wollen Sie? Die Essen rauchen und das Korn steht auf dem Balken — die Schwarzseher verbrennt“, — das war die Antwort, die ihnen zumest gegeben wurde. Dieser selbe verantwortungslose Optimismus, der mit dem Glauben an die sieghafte Kraft deutscher Arbeit und deutschen Unternehmertums nichts gemein hat, der nichts weiter ist als das leichtsinnige Verleugern vor den wahren Tatsachen, die handgreiflich vor jedem liegen, der sie sehen wollte, dieser leichtsinnige Optimismus redet jetzt bereits von neuem zur verantwortungslosen Resignation: „Was wollen Sie, die notwendige Reinigungsfrist ist da, das geht nun einmal ohne Verluste nicht ab. — Und nun sucht man sich von neuem auf dem Rücken lauter Latentlosigkeit niederzuliegen. — Aber ist die Zeit nicht. Alle Zeichen stehen auf Sturm. Aber nicht nur im Volke, sondern in weiten Kreisen der Regierung, des Parlamentes, verantwortlicher Leiter und Führer öffentlicher Körperschaften sucht die Wirtschaft vergebens um Verständnis für die wahren Ursachen ihrer und des Volkes Not, obwohl die Zahl 1 1/2 Million Arbeitsloser allein zeigen müßte, daß wir mitten im schmerzlichen Zusammenbruche stehen.

Keine Erkenntnis der Lage, keine Forderung in dieser jammervollsten Zeit deutschen Parlamentarismus. Kein Führertum, kein Mut zur Wahrheit, Massenwahn und Massenpsychose, als sei das deutsche Volk nur auf der Welt, um sich auf Parteiwahlen vorzubereiten und sich dafür nachführen zu lassen. Nun steht die große deutsche Not da. Sie wirft die Schatten bis in die Parlamente, und dort offenbart sich die Hilflosigkeit deutschen Parteiwesens zur Evidenz. Wo hat auch nur einer der 2000 Parlamentarier, die wir im Reiche und den Ländern haben, den Mut gefunden, mit einbeutigen formulierten Antrag den Nagel auf den Kopf zu treffen? Kein neuer Gedanke; sie kurieren an dem kranken deutschen Volkstörper herum mit den alten Mitteln, die so und so oft als untauglich erwiesen haben. Kleine Pfäferchen für den Augenblick, Erhöhung der Erwerbslosenlöhne, ein Gesetzentwurf, die Erwerbslosenversicherung durch die Arbeitslosenversicherung abzulösen, als ob wir jetzt nicht wüßten, wohin mit den Millionen.

Und doch gibt es nur ein Mittel: Erhaltung der deutschen Arbeit.

Was sagen sie alle und beraten? Während sie die vielen Worte machen, steht eine Fabrik nach der anderen still, löst sich ein Feuer nach dem anderen aus. Und während der Reichstag einen Antrag auf Erhöhung der Erwerbslosenlöhne an den Sozialen Ausschuss verweist, verfaßt die deutsche Industrie immer mehr und mehr der Agonie. Ueberlegen sie sich denn nicht, daß es mit solchen Mitteln nicht lange weitergeht? Wir stehen ganz kurz vor der Fisser, wo uns in Sachsen die Erwerbslosenlöhne genau so viel Geld kostet, als wir früher für dieses Land an Einkommensteuer aufbrachten. Was denn dann? Mit der weiteren Belastung der noch verbleibenden arbeitenden Betriebe erdrücken wir ja auch diese wieder. Ich habe vor kurzem an Hand ganz einwandfreier Zahlen nachgewiesen, daß die Belastung für soziale Fürsorge wesentlich mit dazu beiträgt, daß wir unsere Betriebe schließen müssen. Wir machen Erwerbslose dadurch, daß wir anderen helfen wollen. Sieht man denn nur in der Verantwortlichkeit und an den verantwortlichen Stellen diesen Irrtum nicht ein? So geht es nicht weiter. Nun gut, da hat man sich nach der

produktiven Erwerbslosenfürsorge

umgesehen. Ein Wort, so verführerisch wie sonst nur eins. Als man im Sommer dieses Jahres in einer sächsischen Mittelstadt Springbrunnen anlegte und Promenaden errichten ließ, wies man mich darauf: Das sei ein Mittel der produktiven Erwerbslosenfürsorge errichtet. Und so wiffen wir weiter, daß man Volkshäuser, Sportplätze, Radfahrbahnen usw. aus solchen Mitteln errichtet hat. Auch hier völlig auf dem falschen Wege. Wenn man glaubt, nur irgendwoher Arbeit nehmen zu lassen und sie wahllos in Auftrag zu geben, so heißt man das Übel nicht, sondern verschlimmert es.

Nehmen wir an, es soll jetzt in einer Stadt produktive Erwerbslosenlöhne getrieben werden. Man entschließt sich, eine Straße bauen zu lassen, die zwar an sich notwendig ist, deren Bau aber sonst noch um gute fünf Jahre hinausgeschoben werden wäre. Dann ist dies eine so unproduktive Erwerbslosenlöhne wie nur irgendwas anders auch. Daß man zur Not jedes Projekt begründen kann, ist klar. Aber darauf kommt es an, daß die Fürsorge für die Erwerbslosen zugleich mit der unbedingten nötigen Sparsamkeit verbunden wird. Und das ist in der öffentlichen Hand nachgewiesenermaßen zumest nicht der Fall. Deshalb hat auch der Verband sächsischer Industrieller in seiner Gesamtvorstandsitzung am 12. Januar folgendes beschlossen: „Nach Ansicht des Verbandes sächsischer Industrieller können alle Maßnahmen, die bisher zur Bekämpfung der katastrophalen angewachsenen Erwerbslosigkeit in Aussicht genommen worden sind, nur die Wirkung haben, aber nicht die Ursache der Krise beheben. Die angekündigten Notstandsarbeiten sind gerade in der letzten

Frankreichs Sicherheit und die Räumung Kölns.

Painlevé vor der Heereskommission.

Paris, 20. Januar. Die Heereskommission der Kammer hörte gestern nachmittags Painlevé über die militärischen Folgen des Vertrages von Locarno. Der Kriegsminister gab Aufschlüsse über die mit der Räumung Kölns zusammenhängenden Maßnahmen und die Stärke der Garnisonen, die in der zweiten und dritten Zone verbleiben. Im Anschluß daran entspann sich eine lebhafteste Debatte. Ein Abgeordneter fragte, welche Folgen der Vertrag von Locarno auf die militärischen Verhältnisse Frankreichs zu Belgien, England und Italien ausübe. Painlevé gab auf die Frage erschöpfende Antworten.

Die Kommission erklärte schließlich auf Grund eines Berichtes, daß alle mit der Räumung der ersten Rheinlande zusammenhängenden Sicherheitsmaßnahmen ergriffen seien.

Painlevé erklärte auf Befragen, daß die Heeresreform noch in dieser Woche eingebracht werde. Ein zweites Projekt, das sich auf die Einberufung der Reservisten beziehe, wird kurz darauf folgen.

Briands ablehnender Bescheid an Hoelch.

Paris, 20. Jan. Zu der gestrigen Unterredung des deutschen Botschafters v. Hoelch mit Briand teilt Radio mit, der französische Ministerpräsident habe den deutschen Botschafter darauf aufmerksam gemacht, daß nach der Räumung des Kölner Gebietes im Laufe der Umgruppierung der alliierten Streitkräfte die Besatzungstruppen um 20 000 Mann verringert werden seien. Es scheint Frankreich nicht möglich, weitere Angekündigte zu machen, da es die Verbindung der Besatzungskontingente mit der übrigen Armee nicht gefährden wolle. Im Übrigen sei die ganze Frage eine interalliierte Angelegenheit und gehöre vor das Forum der Botschafterkonferenz.

Die Morgenblätter erklären fast übereinstimmend, daß eine abschließende Antwort auf den deutschen Schritt erst erfolgen könne, wenn Besprechungen zwischen Paris, Brüssel und London stattgefunden hätten. Nach dem „Journal“ hat Briand bei der Unterredung darauf hingewiesen, daß die deutsche Entlassung noch nicht genügend durchgeföhrt sei. Die Fragen werden beim Aufenbüßli Chamberlain in Paris geprüft werden. Nach dem „Matin“ wird Vandervelde an dieser Besprechung teilnehmen.

Belgien ist uninteressiert.

Brüssel, 19. Jan. Vandervelde hat auf die Vorstellungen des deutschen Botschafters wegen der Herabsetzung der Besatzungsdiffer in der zweiten und dritten Zone geantwortet, daß dieser Schritt Belgien nicht berühre, da die belgische Besatzung um eine Infanteriedivision verringert worden sei. (W. T. V.)

Der französische Finanzkonflikt.

Paris, 19. Jan. Der Finanzausschuß der Kammer hat heute vormittag über den Finanzgesetzentwurf der Regierung beraten und den Artikel betr. die Rückzahlung der dem Staat in Höhe von 2 Milliarden Franken von der Bank von Frankreich gewährten Vorküsse verworfen. Mit Änderungen wurden die beiden Artikel des Regierungsentwurfes angenommen, in denen die Schaffung einer Tilgungskasse vorgesehn wird. (W. T. V.)

Paris, 20. Jan. (Davas.) Die Mitglieder des Finanzausschusses der Kammer waren ziemlich enttäuscht über die gezeigten Erklärungen des Finanzministers Doumer. Er habe keinen der Vorschläge des Ausschusses angenommen und sich wieder auf seinen Gesetzentwurf juristisch gelehrt. Nach den Blättern scheint Doumer nicht auf die erhöhte Umsatzsteuer verzichten zu wollen. Er fordert sofortige finanzielle Einnahmegewinne. Nach dem „Petit Parisien“ ist, da Doumer eine endgültige Entscheidung vor dem 1. Februar forderbt, wieder ein Konfliktzustand entstanden. (W. T. V.)

Neue Beichteung von Damaskus.

Berlin, 20. Jan. Nach Berichten aus Jerusalem ist Damaskus von neuem von den Franzosen besetzt worden. Unter den Eingeborenen des Schagour-Bierfels sind schwere Verluste zu verzeichnen. (T. L.)

Truppenverlärkungen für Syrien.

Paris, 19. Januar. Nach einer vom „New York Herald“ wiedergegebenen Meldung aus Antio werden demnächst in Beirut französische Truppenverstärkungen in Höhe von 17 000 Mann aus Toulouse erwartet. Die französische Regierung habe auf Verlangen des Oberkommandos de Jovenel beschlossen, die Stärke der französischen Truppen in Syrien auf 100 000 Mann zu bringen. Gerücheweise verlautet, der Oberkommandant werde auch in diesem Monat aus politischen Gründen nach Frankreich zurückkehren. (W. T. V.)